

25. SEP 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/182

Boon., den 25. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
4	Keine stolze Bilanz ----- Was wurde aus den Versprechungen der Bundesregierung? Von Heinrich G. Ritzel MdB	195
4a	Begrüßenswert ----- Zur Senatsabstimmung über das Moskauer Abkommen	23
4a	De Gaulle in Strassburg isoliert ----- Beratende Versammlung des Europarats gegen "Europäische Atommacht"	26
5 - 6	Juden in der Sowjetunion ----- Interview mit Moshe Sharett, Präsident der Knesset - Israel	27
7	Walter Menzel ----- Zum Gedächtnis an einen guten Freund und Weggefährten	30

Chefredakteur Günter Markscheffel

Keine stolze Bilanz

Was wurde aus den Versprechungen der Bundesregierung?

Von Heinrich G. Kitzel, MdB.

Nach der Bildung der Bundesregierung am Abend der Wahlen zum Vierten Deutschen Bundestag gab der Stellvertreter des Bundeskanzlers, Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. E. Schmidt, in der Bundestagsitzung vom 29. November 1966 eine Regierungserklärung ab, an deren Schluß er sagte:

- * "Vor uns stehen große und schwierige Aufgaben."
- * "Behr wahr! bei der SPD."
- * Dinge können nur gelöst werden, wenn wir alle Kräfte zusammenfassen."
- * "Beifall bei der SPD - Beifall bei den Regierungsparteien."
- * Die Vereinbarkeit der deutschen Anforderungen sollte sichtbarer Ausdruck finden."
- * "Abg. Dr. Kommer: Bravo! - Beifall bei Zurufe von der SPD."
- * "Sofern!"

Kühnert wird am besten wissen, daß es zu der von ihm angekündigten Zusammenfassung aller Kräfte in vielen Fällen nicht kam. Er wird sich auch im Klaren darüber sein, was in der von ihm abgegebenen Regierungserklärung, die eine Kollektivarbeit des damals neu zusammengekommenen Kabinetts darstellte, vieles versprochen und nicht gehalten worden ist. Sein Wunsch, der Bundestag solle gerade in den wichtigsten Lebensfragen unseres Volkes zu übereinstimmenden Auffassungen und zu gemeinsamen Handeln aller im Bundestag vertretenen Parteien kommen, erfüllte sich nicht!

Nur wird jeder politisch Denkschwache der Unfähigkeit Bundeskanzler Ehard eine klare Chance einräumen und seinen berechtigten Forderungen auf eine Konzentration der unterschiedlichen Gruppen, seine Projekte Verwirklichung entgegenbringen.

Gleichwohl ist es nicht möglich, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß mit Beginn der Amtsperiode des Amtstüchtig Bundeskanzlers, die mit der zweiten Hälfte des Vierten Deutschen Bundestages zusammenfällt, eine Fülle von Versprechungen der Bundesregierung aus Ehardts eigener Regierungserklärung inhaltlich geblicher sind. Die Frage lautet auf, ob die Regierung und die Regierungsparteien auch in der zweiten Hälfte des Bundestages die schlechte Übung bis zur Vollendung entwickeln werden, ungenutzte Aufgaben weiter vor sich hinzuschieben, weil man in der Regierung und in den Regierungsparteien nicht der Last und der Verantwortung leicht auch Mündig nicht mündet, die dringenden Aufgaben anzugehen zu können.

Zusammenarbeit von Bund und Ländern

Die Regierungserklärung sprach am 29. November 1966 von der Notwendigkeit, alles zu tun, um eine fruchtbare und selbständige Zusammenarbeit

sammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu sichern. Zu dieser reibungslosen Zusammenarbeit ist es bis zur Stunde nicht gekommen. In der entscheidenden Frage der Bereinigung der Steueranteile, die zugleich auch eine dringend notwendige Fundierung der kommunalen Finanzen bringen sollte, ist zwischen Bund und Ländern nicht nur kein Fortschritt erzielt worden, sondern die Spannungen haben sich vergrößert und die Entfernung der Standpunkte erweitert.

Die rechtsstaatliche Ordnung

Das Versprechen der Regierungserklärung, die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik zu sichern und auszugestalten, erscheint auf Grund der letzten Erlebnisse unseres Volkes auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes, der für Land und Volk lebensgefährlichen Spionage-tätigkeit bisheriger Beamter und auf Grund der unumgänglichen Enttötung des bisherigen Verfassungsministers Hoecker) nicht nur nicht gesichert, sondern geradezu gefährdet.

Als Wirtschaftspolitiker hat der künftige Bundeskanzler Sinn für die Realitäten des Lebens. Wird Herr Erhard die notwendige realistische Einschätzung auch in dieser Falle besitzen und beweisen oder wird er mit einer schwer lastenden Hypothek seine Regierung antreten und, gestützt auf den Bundesinnenminister Hoecker), sich versichern, daß so die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik gesichert sei?

Offene Fragen

In der Regierungserklärung wurde ein neues Strafgesetzbuch, ein neues Aktiengesetz und ein neues Urheberrechtsgesetz versprochen. Die Strafrechtsreform, die Strafprozessnovelle, die Reform des Strafvollzugs, die Reform der Bestimmungen des völkerrechtlichen Staatsschutzes und die dringend notwendige Reform der Rechtsprechung bei der Verfolgung von Naziwerbrochern stehen nach wie vor aus.

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung sollte nach den Erklärungen der Bundesregierung besondere Leistungen auslösen. Was ist davon Wirklichkeit geworden? Ist es nicht so, daß heute die Spatzen auf den Dächern pfeifen, bei Fortsetzung der bisherigen Politik des Bundes auf dem Gebiete von Wissenschaft und Forschung, bei Fortsetzung des unfruchtbaren Streits zwischen Bund und Ländern entstehe eine Gefährdung der Entfaltung der geistigen Kräfte unseres Volkes?

Ist es nicht so, daß die Leitung des hier in Frage kommenden Ministeriums in einer sachlich unverantwortlichen Weise immer wieder Objekt des politischen "Blamieren-Wechsels-Spiels" war und erneut ist? Hat die Bundesregierung und hat die Regierungskoalition gerade auf diesem Gebiete in den letzten Jahren ihre Pflicht erfüllt?

Die Errichtung des Gesundheitsministeriums und die großen Ankündigungen seiner Aufgaben blieben bis heute weithin leere Versprechungen. In der Regierungserklärung wurde beispielsweise ausdrücklich die notwendige Verbesserung der Verhältnisse unserer Krankenhäuser hervorgehoben. Was ist auf diesem Gebiet geschehen?

Stabilität der Währung?

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers hat damals an anderer Stelle der Regierungserklärung auf einem Gebiete, das ihm besonders vertraut ist, als wichtigste Voraussetzung für eine gesunde wirt-

schaftliche Entwicklung die Stabilität unserer Währung bezeichnet und wörtlich erklärt: "Wirtschaftswachstum darf nicht mit Preissteigerungen erkauft werden."

Könnte der künftige Bundeskanzler mit gutem Gewissen behaupten, daß die Stabilität unserer Währung seit der seinerzeitigen Abgabe der Regierungserklärung erhalten geblieben ist, könnte er behaupten, daß keine Preissteigerungen eingetreten seien oder wird er zugeben, daß eine Entwicklung eingetreten ist, die den eigenen Erwartungen nicht entspricht?

Ist die in Aussicht gestellte Sicherung der Kaufkraft unseres Geldes wirklich erfolgt, oder bewegen wir uns heute nicht im Rahmen einer erschreckenden Kostensteigerung auf vielen Gebieten?

Die Steuerreform

Die Regierungserklärung versprach einen Steuerausgleich und einen Steuerumbau, sie betonte, daß unser gesamtes Steuersystem in Bund, Ländern und Gemeinden einer sehr sorgfältigen Überprüfung und Anpassung bedürfe. Was ist davon wahr geworden? Wie ist es mit der beschränkten Aufmerksamkeit, die die Bundesregierung den Finanzproblemen der Gemeinden versprach? Was ist aus der in Aussicht gestellten Neugestaltung der Finanzverfassung für Bund, Länder und Gemeinden geworden, was aus der Erkenntnis, daß die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, wie sie durch die Verfassung zugewiesen werden, grundsätzlich gleichwertig sind?

Der künftige Bundeskanzler geht auf dem Gebiete der Agrarpolitik, der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt, schweren Entscheidungen entgegen. Was im November 1961 versprochen wurde, um diesen Eingliederungsprozeß "organisch und behutsam" zu lenken, blieb ein leeres Versprechen.

Sozialer Rechtsstaat?

Das in Aussicht gestellte Miet- und Wohnrecht hat im Rahmen der jüngsten Entwicklung Formen angenommen, die zu ernststen Besorgnissen gerade auch in bezug auf die Stabilität unserer Währung durch Preissteigerungen auf dem Wohnungsmarkt bitteren Anlaß geben.

Die Regierungserklärung enthielt damals den stolzen Satz: "Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat" und auf einen Zwischenruf des damaligen Abgeordneten Willy Brandt, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, daß sie es erst werden soll, behauptete Professor Gerhard: "Sie ist es."

Die Fülle der nicht gehaltenen Versprechungen beweisen das Gegenteil. Die Reform der Krankenversicherung ist ausgeblieben, das berechtigte oder berüchtigte Sozialpaket hängt nach wie vor in der Luft. Was zu seiner Begründung und Erläuterung bis jetzt gesagt wurde, ist das Gegenteil des Begriffs eines sozialen Rechtsstaates. Die in der Regierungserklärung ausdrücklich erwähnte Sorge für die Kriegsoffer harret noch ihrer Erledigung, die Wiedergutmachung vollzieht sich schleppend und auch die Mitteilungen über angekündigte Reformen auf diesem Gebiet lassen in entscheidenden Punkten zu wünschen übrig.

Verkehrspolitik

Der Wirtschaftsminister hat als Vertreter des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung vom 29. November 1961 wörtlich erklärt:

- * "Das dringlichste Anliegen unserer Verkehrspolitik ist die
- * Sorge für die Sicherheit des Menschen im Straßenverkehr.
- * Wir werden deshalb vor allem den steigenden Anforderungen
- * an den Straßenbau Rechnung zu tragen haben. Die Mittel für
- * den Ausbau der Bundesfernstraßen müssen weiter erhöht werden.
- * Um zu einem leistungsfähigen Gesamtstraßennetz zu kommen,
- * werden wir auch die Interessen der kommunalen Bauwerksträger
- * berücksichtigen. Den Verkehrsnotständen in den Gemeinden
- * und großen Städten werden wir nachertreten, sobald die von
- * uns berufene Sachverständigenkommission ihre Untersuchungen
- * abgeschlossen hat."

Was ist daraus geworden? Die Sicherstellung der Finanzierung des Straßenbaues durch Zweckbindung eines Teils der Mineralölsteuer wurde durch 2 Haushaltsgesetze unterbrochen und vermindert. Die dringende erforderliche Bereitstellung der Mittel für den weiteren Ausbau der Bundesfernstraßen ist unterblieben und die Entwicklung unseres Straßenwesens steht in einem unvereinbaren Gegensatz zu der Steigerung des motorisierten Verkehrs. Statt den dringend notwendigen und in Aussicht gestellten Erleichterungen besteht heute ernster Grund zu der Befürchtung, daß wir einer Katastrophe unserer Verkehrspolitik zueilen.

Sinnvolle Entwicklungspolitik ?

Im Zuge einer sinnvollen Gesamtplanung für den Wirtschaftsaufbau der Entwicklungsländer erwähnte der Bundeswirtschaftsminister damals den Abbau der noch bestehenden Handelschranken und der für einige Erzeugnisse hohen Fiskalabgaben, um die Absatzmöglichkeiten für Produkte der Entwicklungsländer zu vergrößern. Es wäre reizvoll, in einzelnen festzustellen, was auf diesen Gebieten geschehen oder noch nicht geschehen ist. Wir beschränken uns auf eine Feststellung: Die von der Opposition im Deutschen Bundestag seit vielen Jahren schrittweise angestrebte Beseitigung der Kaffeesteuer unterblieb aus kurzsichtiger fiskalischer Grinsen bis heute und damit unterblieb, was der Bundeswirtschaftsminister mit seiner seinerzeitigen Erklärung ermöglichen wollte, nämlich eine sinnvolle und positive Entwicklungshilfe gegenüber einigen Entwicklungsländern.

EWG ?

Die Regierungserklärung stellte bedeutende Schritte in Richtung auf einen politischen Zusammenschluß der Mitgliederstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Aussicht. Was in Wahrheit geworden ist, ist bekannt. Die EWG ist in ihrem Kern gefährdet und von einem politischen Zusammenschluß Europas sind wir im Zeichen des "Europa der Vaterländer" weiter denn je seit der Erweckung großer Hoffnungen auf Bildung einer europäischen Union entfernt.

* * *

*

Wenn man die Bilanz der ersten Hälfte des Vierten Deutschen Bundestages zieht, dann muß man feststellen, daß trotz des Fleißes des Bundestages, seiner Abgeordneten und seiner Ausschüsse die Ziele der Regierung weithin nicht erreicht und die Versprechungen in bedauerlichem Maße unerfüllt geblieben sind.

+ + +

Zur Senatsabstimmung über das Moskauer Abkommen

sp - Vor etwa vier Wochen hieß es in "gut unterrichteten Kreisen in Bonn", Präsident Kennedy müsse damit rechnen, daß er nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung des Moskauer Abkommens über die Einstellung von Atomwaffenversuchen erhalten werde. Es gab sogar CDU und CSU-Politiker - zum Beispiel Herr von Brentano nach einer Unterhaltung mit dem früheren republikanischen Präsidentschaftskandidaten Nixon - die der Meinung waren, man sollte in der Bundesrepublik sehr vorsichtig mit der Zustimmung zum Moskauer Abkommen sein. Jetzt erhielt Kennedy eine massive Mehrheit, weit über die erforderliche Zweidrittelmehrheit hinaus. Sogar 25 republikanische Abgeordnete stimmten für den Vertrag. Die Diskussion war sehr gründlich gewesen; fast drei Wochen hat sie gedauert. Man hat in den USA das Vertragswerk ohne jede Illusion gebilligt, aber doch zum Ausdruck gebracht, daß - wie Professor Carlo Schmid es einmal formulierte - "ein Anfang besser als nichts ist". Mit ähnlichen Argumenten hat auch die Beratende Versammlung des Europarats in Strassburg das Abkommen begrüßt und darüber hinaus noch jeder Möglichkeit zugestimmt, zu weiteren Entspannungsvereinbarungen mit Moskau zu gelangen, wenn durch diese die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht präjudiziert werde. Diese nüchterne, in Washington und Strassburg fast gleichzeitig getroffene Feststellung, ist um so begrüßenswerter, als dadurch weitere vorsichtige Schritte möglich werden können.

+ + +

De Gaulle in Strassburg isoliert

Beratende Versammlung des Europarats gegen
"Europäische Atommacht"

sp - In der Beratenden Versammlung des Europarats in Strassburg hat sich am Dienstag dieser Woche etwas ereignet, was noch lange in der europäischen Politik nachwirken wird. Eine große Mehrheit sprach sich gegen de Gaulles "Europäische Atommacht" aus, befürwortete dagegen Kennedys Anregung zur Bildung einer atlantischen Partnerschaft. Die gaullistische Abgeordnete des Europarats blieben also isoliert, obwohl sie vor der entscheidenden Sitzung in Kulissengesprächen größte Anstrengungen gemacht hatten, wenigstens die den deutschen Regierungsparteien angehörenden Abgeordneten auf ihre Seite zu ziehen. Andererseits ist von der Mehrheit nicht verhehlt worden, daß man die europäische verantwortliche Mitwirkung an der atlantischen Politik für nicht ausreichend hält.

Die Bedeutung dieser Entscheidungen kann man ermessen, wenn man weiß, daß die offizielle französische Politik in den letzten Wochen - und besonders nach dem Abschiedsbesuch Adenauers bei de Gaulle - zuversichtlich mit der Zustimmung einer Mehrheit deutscher Politiker für die Bildung eines "autonomen Europa" rechnete.

Wie die Dinge sich jetzt weiter entwickeln werden, und ob man in Paris nunmehr gewisse Illusionen aufgibt, ist noch nicht abzusehen. De Gaulle hat nach wie vor in der Nationalversammlung für seine Politik eine Mehrheit, und er scheint entschlossen zu sein, mit dieser Mehrheit seine Europapolitik durchzusetzen.

+ + +

Juden in der Sowjetunion

Interview mit Moshe Sharett,
Präsident der Mapai - Israel

Frage: Herr Sharett, Sie haben als Delegierter der Mapai am Kongreß der Sozialistischen Internationale in Amsterdam teilgenommen und dort einige interessante Ausführungen über das Schicksal der Juden in der Sowjetunion gemacht. Da man in Deutschland verhältnismäßig wenig davon weiß, möchten wir Sie bitten, uns einige zusätzliche Angaben zu diesem Problem zu machen.

Antwort: Die Juden in der Sowjetunion besitzen keine Möglichkeit kollektiv als Juden zu leben. Es gibt keine jüdischen Gemeinden, keine Möglichkeit der Gemeindeorganisation und keine Möglichkeit, ein jüdisches Kulturleben zu führen; auch keine Möglichkeit für jüdische Erziehung. Man proklamiert zwar die völlige Glaubensfreiheit, aber das ist eine Farce, solange die jüdischen Kinder keine Gelegenheit haben das jüdische Alphabet zu lernen. Ohne hebräisch lesen zu können sind sie nicht in der Lage, auch das einfachste Gebet zu lernen. Das ist etwas, das noch nie in der jüdischen Geschichte vorgekommen ist. Es ist ein Kuriosum, aber gewiß ein sehr charakteristisches Kuriosum, daß die Bibel zwar in der Sowjetunion gekauft werden kann, aber nur in einer der zahllosen Übersetzungen, jedoch nicht in der hebräischen Originalsprache.

Frage: Ist es richtig, Herr Sharett, daß junge jüdische Sowjetbürger keine Möglichkeit haben, in der Sowjetunion selbst einen theologischen Unterricht zu nehmen, das heißt also, daß sie nicht Rabbiner werden können?

Antwort: Das ist die absolute Wahrheit! Sie haben damit eine sehr wichtige Frage berührt. Es gibt in der Sowjetunion keine Erziehungsmöglichkeiten für junge Juden, die Rabbiner werden wollen. Je länger dieser Zustand andauert, um so sicherer ist damit zu rechnen, daß die etwa drei Millionen Juden, die heute in der Sowjetunion leben, ohne geistlichen Beistand bleiben müssen. Die jüdischen Gemeinden werden bald nicht mehr in der Lage sein, ihre Religionsbedürfnisse zu erfüllen. Ich glaube zwar nicht, daß andere Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion volle Freiheit genießen, die in demokratischen Ländern die Regel ist, aber was die Juden anbetrifft, so gilt für diese in der Sowjetunion nicht einmal die beschränkte Religionsfreiheit, wie sie den Angehörigen anderer Religionen gewährt wird.

Hinzu kommt noch, daß sich die Behörden bemühen, den Prozentsatz der Juden unter den ökonomischen Übeltätern immer hervorzuheben. Das

führt natürlich zu drohenden Konsequenzen, weil dadurch die allgemeine Stimmung der Bevölkerung gegenüber den Juden immer schlechter wird.

Die Juden in der Sowjetunion haben auch keine Möglichkeit sich mit ihren Angehörigen, die nicht in der Sowjetunion leben, zu vereinigen. Es gibt nur sehr wenige Ausnahmen: meist handelt es sich nur um alte Leute, die die Sowjetunion verlassen dürfen, um sich ihren Kindern anzuschließen, von denen sie während der Jahre der großen Judenverfolgungen unter Hitler getrennt worden sind. Während der Nazi-Herrschaft wurden Millionen Juden vernichtet und unzählige Familien auseinandergerissen. Den in der Sowjetunion lebenden Juden verweigert man, sich mit den wenigen noch übriggebliebenen Familienangehörigen zu vereinigen. Das ist eine besondere Tragödie von der viele jetzt in der Sowjetunion lebende jüdische Familien betroffen sind.

Frage: Man hat gelegentlich von Juden aus Ostblockländern gehört, daß der dort lebende jüdische Nachwuchs weniger einer Glaubensgemeinschaft sich verbunden fühlt, sondern daß zahlreiche junge Juden aus freiwillem Entschluß ausserhalb ihrer Religionsgemeinschaft aufwachsen wollen. Gibt es hierüber genauere Informationen oder handelt es sich bei dieser Behauptung um eine gewisse Zweckpropaganda, mit der erreicht werden soll, das Judenproblem in der Sowjetunion zu verharmlosen?

Antwort: Nach unseren Informationen und nach den Eindrücken, die wir auf Grund unserer Beziehungen gewinnen konnten, ist es eine erstaunliche Tatsache, daß trotz der vorher geschilderten Zustände das jüdische Bewußtsein auch bei den jungen Juden immer noch weiterlebt. Es ist ein inneres Bedürfnis für sehr viele junge Juden, sich als Juden zu bekennen. Ihr Wunsch ist es, den engen Rahmen des jüdischen Lebens mit Religiosität zu erfüllen. Die Möglichkeiten hierfür sind gering, aber trotzdem fühlen die jungen Juden sich als Juden und wollen als solche leben. Das ist eine große Tragödie, aber oft unbewußt fühlt sich der junge Jude in dieser Situation verpflichtet, sich zum Judentum zu bekennen.

+ + +

Walter Menzel +

Zum Gedenken an einen guten Freund und Weggefährten

sp - Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Walter Menzel ist im Alter von 62 Jahren einem Herzschlag erlegen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verliert in Walter Menzel einen guten Freund und treuen Weggefährten, der seit seiner Jugend in der vordersten Reihe des Kampfes für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde gestanden hat.

Der hochbegabte Volkswirtschaftler, Rechts- und Staatswissenschaftler war schon im Alter von 30 Jahren Finanzrat am Preussischen Finanzministerium, wechselte dann als Landrat in die Verwaltungslaufbahn über (Weilburg/Lahn), wurde aber 1933 von den Nationalsozialisten wegen seiner politischen Überzeugung entlassen. Viele Jahre hat Walter Menzel dann als Rechtsanwalt in Berlin gewirkt und in dieser Tätigkeit unzähligen Menschen, die von Nationalsozialismus verfolgt wurden, helfen können.

Nach dem zweiten Weltkrieg gehörte der Verstorbene zu den ersten, die sich am Aufbau des demokratischen Staates beteiligten. Er wurde Mitglied des Zonenrates für die britische Zone, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und folgte schließlich dem Ruf als Innenminister von Nordrhein-Westfalen, wo er sich bis 1950 große Verdienste um den Aufbau einer demokratischen Verwaltung erworben hat. Walter Menzel gehört zu den Schöpfern des Grundgesetzes, das er als Mitglied des Parlamentarischen Rates gestalten half. 1949 wurde Walter Menzel in Dortmund in den Bundestag gewählt, den er bis zu seinem Tode angehörte. Hier hat er sich stets geachtet vor seinen Parlamentarierkollegen aller Fraktionen, als Vorsitzender des Ausschusses zur Schutze der Verfassung und als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion große Verdienste um die junge deutsche Demokratie erworben.

Der aufrechte und bescheidene Mann, der niemals versuchte, jemanden seine Meinung aufzudrängen, sondern sich stets mit überzeugenden Argumenten durchsetzte, war einer von den stillen Politikern, die selbst als Träger höchster Würden das Gefühl vermitteln, im Dienste einer großen Sache zu stehen. Deshalb wurde er auch nicht nur von seinen politischen Freunden, sondern auch von Gegnern hoch geschätzt. Für die Sozialdemokratische Partei und ihre Bundestagsfraktion ist das Hinscheiden von Walter Menzel ein großer Verlust. Die SPD wird ihrem verstorbenen Freund stets ein ehrendes Andenken bewahren.